

Solidarität



Organ des Verbandes der graphischen Hilfs- Arbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands

Erscheint wöchentlich Sonnabends • Bezugspreis monatlich 0,50 RM. ohne die Bestellgebühr • Anzeigen: die 3gespaltene Petitzeile 1,- RM.
Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 RM. • Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an • Nur Postbezug ist zulässig

Nr. 9 • 37. Jahrgang

Berlin, den 28. Februar 1931

Unser Kriegsplan

Nach dem 14. Februar ist es im ganzen Reich zu stürmischen Protesten gegen den verbindlich erklärten Schiedspruch gekommen, und nur mit großer Mühe gelang es den Versammlungsleitern, die mit Recht aufs äußerste empörten Mitgliedschaften vor unsonnenen Handlungen zurückzuhalten. Kein Kollege kann es verstehen, daß im Buchdruckgewerbe ein Lohnbau zur Belebung der Geschäftslage notwendig sein will, daß eine Senkung der Löhne Besserung auf dem Arbeitsmarkt bringen kann. Völlig unverständlich ist den Buchdruckerarbeitern die Ablehnung ihrer Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit, die keinem Unternehmer sonderlich weh getan, aber für Tausende eine Verringerung der wirtschaftlichen Not gebracht hätte. In allen Versammlungen kam diese Ansicht zum Ausdruck, wurden die Zahlstellenleitungen beauftragt, in dieser Richtung ungehemmt weiterzuarbeiten, obwohl sie noch in Arbeit stehenden Mitglieder große Opfer bringen müßten. Die Solidarität für ihre arbeitslosen Kolleginnen und Kollegen geht eben weiter, als ein Unternehmer sich vorstellen kann. Die „Zeitschrift“ beauptet allerdings, daß die Gewerkschaften mit diesem Antrag der Arbeitszeitverkürzung auf 40 Stunden nur eine Minderheit ihrer Mitglieder hinter sich haben dürften. Mit welchem Recht die Unternehmer zu dieser Behauptung kommen, erschwächen sie lieber, es dürfte ihnen auch schwerfallen, dafür den Schatten eines Beweises zu erbringen. Sie bringen damit aber zum Ausdruck, daß sie vom Geist und Wesen der Gewerkschaften und ihrer Mitglieder keine blasse Ahnung haben.

Mit der Einführung der 40-Stunden-Woche allein ist die katastrophale Arbeitslosigkeit noch nicht beseitigt, sie würde aber Besserung schaffen und einen Anfang bedeuten zur Beseitigung des sozialen Elends. Mit ihrer Einführung zusammen müßten noch andre radikale Maßnahmen ergriffen werden, wie sie der leitende Kopf des Reichsbanners, Otto Hörsing, in einem Kriegsplan gegen die Arbeitslosigkeit aufgestellt hat. Dieser Kriegsplan wird in einer im Helios-Verlag, Berlin-Schmargendorf, erschienenen Broschüre von D. Curius näher behandelt. Die Schrift zeigt in kurzen und klaren Worten, welchen Schaden die Arbeitslosigkeit verursacht und wie dieser lähmende Druck so schnell wie möglich gemildert und beseitigt werden kann. Sie zeigt namentlich den Entschuldigungsgründen zu Leibe, die immer wieder gemacht werden. Da ist zum Beispiel Weltwirtschaftskrise, womit jeder sein Bestun entschuldigt, der nur Mitteln statt Mittel anzuschlagen weiß, um der Wirtschaftskrise entgegenzuwirken. Darauf berufen sich die Statistiker und Konjunkturforscher, die wohl berechnen können, wie die Steigerung der Arbeitslosigkeit fortschreiten wird, die aber nicht sagen, was man tun könnte, um die ungünstige Wirtschaftsentwicklung umzuschalten. Deshalb wird in der Broschüre folgender Grundsatz aufgestellt: „Beseitigung kommt nicht von selbst, sondern sie muß rechtzeitig gewollt, geplant, erzwungen werden!“

Eine Gesundung kann nur herbeigeführt werden, wenn die Wirtschaft in Gang gebracht, produktive gewinnbringende Arbeit für viele Menschen und auf lange Zeit geschaffen wird. Wo hier der Hebel anzusetzen ist, zeigt Hörsing in seinem hier abgekurzt folgenden

Wirtschafts- und Arbeitsbeschaffungsprogramm:

1. Verlängerung der Schulzeit um ein Berufsschuljahr. Die Verlängerung der normalen Schulzeit um ein volles Schuljahr nähme sofort Hunderttausende aus dem Arbeitsmarkt bzw. ersparte den ausgebildeten Jugendlichen zu Hunderttausenden die unerträglichste sonst unvermeidliche Arbeitslosigkeit.
2. Kontrolle von Mechanisierung und Stilllegung. Der Genehmigungspflicht und schärfster

Kontrolle werden unterstellt: die Stilllegung von Arbeitsplätzen jeglicher Art, ferner alle Maßnahmen technischer und organisatorischer Natur, sofern die Zahl der beschäftigten Hand- und Kopparbeiter dadurch herabgesetzt wird.

3. Verkürzung der Arbeitszeit. Einführung der 42-Stunden-Arbeitswoche. Grundsätzliches Verbot der Überstundenarbeit, des Doppelverdienens und Verhinderung jeder Schwarzarbeit, solange Erwerbslose vorhanden sind.

4. Erwerbsverbot für Pensionäre und Beamte. Grundsätzliches Verbot von Erwerbsarbeit aller Pensionäre, die mehr als 400 M. monatliches Einkommen beziehen. Den aktiven Beamten, Berufssoldaten und Angestellten der Behörden ist jeder Nebenverdienst zu verbieten.

5. Verbot der Beschäftigung von Ausländern. Solange im Reich deutsche erwerbslose Kopf- und Handarbeiter vorhanden sind, dürfen Ausländer nicht beschäftigt werden.

6. Herabsetzung der Syndikatspreise. Die von den Syndikaten, Trusts, Kartellen und Verbänden usw. festgesetzten Inlandpreise sind sofort nachzuprüfen und auf ihre angemessene Höhe herabzusetzen. Alle Verkäufe dagegen sind als Wucher zu bestrafen. Organisationen, die sich dieses Wuchers schuldig machen, sind aufzulösen, ihre Leiter wegen Wuchers zu bestrafen.

7. Gesetzliche Festlegung angemessener Höchstzinsen.

8. Ausreichende Preise für alle Produkte der Landwirtschaft ohne Verteuerung für die Konsumenten. Festlegung von angemessenen Mindestpreisen für alle Erzeugnisse der Landwirtschaft beim Erzeuger. Höchstpreise für die Konsumenten andererseits, um diese gegen Preis treiberei und unangemessen große Handelspannen zu schützen.

9. Großarbeitsbeschaffung durch sofortige Erbauung vieler großer Talsperren, um mit allen bis heute ungenutzten Wasserkraften Elektrizität zu erzeugen. Ferner die Erbauung großer Elektrizitätswerke an wirtschaftlichster Stelle.

10. Elektrifizierung der Eisenbahn. Überführung sämtlicher Eisenbahnen in Reichsbesitz und sofortige Durchelektrifizierung des gesamten Eisenbahnnetzes.

11. Auflösung der freiwerdenden Kohle zu Öl und Betriebsstoffen. Erbauung großer Anlagen zur Auflösung der Kohle jeder Art in Benzin, Benzol, Öle und Betriebsstoffe aller Art in allen Kohlenrevieren.

12. Starke Herabsetzung der Eisenbahn-, Personen- und Gütertarife, die Vermehrung des Eisenbahn- und Postverkehrs, Wiederherstellung des gewerbsmäßigen Beförderungsmonopols der deutschen Reichsbahn und Reichspost für Personen und Güter von Ort zu Ort.

13. Die Umformung der Wälder vom Boden 1. bis 4. Bodenklasse auf dem Boden 5., 6. und niedrigerer Bodenklassen. Hergeben des gewonnenen guten Bodens für landwirtschaftliche Siedlungen.

14. Grundsätzliches Verbot des Bauens des Bodens 1. bis 4. Bodenklasse, außer für landwirtschaftliche Zwecke.

15. Sofortige Inangriffnahme der Wiederherstellung des entwerteten landwirtschaftlichen Bodens.

16. Sofortige Einziehung aller überflüssigen Flugplätze und Hergabe derselben für landwirtschaftliche Siedlungszwecke.

17. Hergabe mindestens der Hälfte der Exzerplätze für landwirtschaftliche Siedlungen oder Forstwirtschaft.

18. Kultivierung der Moore und Südländer.

Zu den einzelnen Punkten des Programms wäre manches zu sagen. Die Punkte 1 bis 5 sind in der Tat geeignet, Hunderttausende von Personen wieder in das Erwerbsleben einzuschalten und die Arbeitslosigkeit wesentlich zu vermindern. Die übrigen Punkte sind sicher wert, so schnell als möglich in die Tat umgesetzt zu werden. Namentlich gilt dies für die Herabsetzung der Syndikatspreise, die durch ein entsprechendes Gesetz, wonach die Syndikatsleiter wegen Wuchers bestraft werden können, erzwungen werden könnten. Manche Programmpunkte liegen allerdings in weiter Ferne. Wollte man beispielsweise die 58 000 km der Reichsbahn elektrifizieren, so sind dafür riesenhafte Kosten nötig. Trotzdem sollte der Anfang gemacht werden, wie dies in Süddeutschland schon geschieht.

Wir glaubten im Zusammenhang mit unserer Bewegung auf diesen Kriegsplan gegen die Arbeitslosigkeit hinweisen zu müssen, um auch den Unternehmern zu zeigen, wie es gemacht werden muß. Mit Lohnsenkungen, Betriebsstilllegungen und damit neuen Entlassungen kommen wir nicht weiter, davon haben auch die Unternehmer auf die Dauer keinen Nutzen. An aber das angeführte Programm zu verwirklichen, bedarf es eines kräftigen Antriebs der Arbeiterschaft, größter Aktivität der Gewerkschaftsmitglieder gegen weitere Lohnkürzungen der Unternehmer, die die Wirtschaft lähmen und ganz zum Erliegen bringen. Eine starke wirtschaftliche und politische Vertretung der Arbeiter bringt uns die Lösung, und dafür haben wir jetzt in Versammlungen und Betrieben zu arbeiten.

Vorstandskonferenz des Gau 2

Am 8. Februar, vormittags 10 Uhr, trafen sich die Zahlstellenvorsitzenden im Ortsbüro Frankfurt a. M., um das Ergebnis des Lohnkonfliktes zu hören und Stellung zu nehmen. Der Gauleiter, Kollege Kalb, begrüßte 16 Vertreter aus 12 Zahlstellen. Wehlar war nicht erschienen.

Die Kollegen Kalb und Klemann behandelten auf breiter Basis den Gang der Lohnbewegung vom 14. Dezember bis 2. Februar. Wenn der Schiedspruch vom 17. Dezember in seinem Kern der Lebenslage der Buchdruckerarbeiterschaft gerecht wurde, so ist der Spruch vom 2. Februar die denkbar ungerechteste Entscheidung. Er ist ein Fehlspruch sondergleichen, und daher kann unserseits von einer Annahme keine Rede sein. Die Proz. Lohnsenkung macht die Arbeiter zu Opfern einer Wirtschaftspolitik mit politischem Anstrich. Reichsregierung und Unternehmer sollen gewarnt sein, diesen Weg weiter zu beschreiten. Wenn die Unternehmer an Hand der großen Arbeitslosigkeit die schlechte Lage des Gewerbes begründen wollen, so ist das eine Verhöhnung der Arbeiterschaft. Es bedeutet einen Vorhang vor die Tatsachen gezogen. Denn nur sie allein, durch die falsche Rationalisierung und technische Umstellung ihrer Betriebe, tragen die Schuld am Leerlauf des Gewerbes. Warum sind unsere Anträge auf Herabsetzung der Arbeitszeit, die durch Eingliederung der Erwerbslosen in die Produktion unbefristet eine Besserung der Gesamtlage bringen, völlig unberücksichtigt geblieben? Den Spruch, der uns durch Verbindlichkeitsklärung aufgegeben worden wird, lehnen wir aufs entschiedenste ab. Er bindet uns bis 31. August. Aber — die Kollegenschaft wird die Zeit bis dahin nützen. Keinen Schritt weiter auf dem Wege des Abbaues! Der Verband steht gestiftet da; sollte ein Kampf entbrennen, die Mittel, ihn zu führen, sind vorhanden.

Die Ausprache wurde von allen Vertretern reger benutzt. Es wurde der Halsstarrigkeit und Rigorosität der Unternehmer das schärfste Wort gesprochen. Auch die Reichsregierung, die durch ihre Schlichtungsorgane eine bestimmte Marschroute erkennen läßt, soll sich in dem Langmut der Arbeiterschaft nicht täuschen. Ein weiteres Zurück wird an der starken Mauer aller Werktätigen zerbrechen. Daß unsere Vertreter im Sinne

ihrer Mitgliedschaften alles in die Waagschale werfen, ist unzweifelhaft erkannt. Gemeinsam mit unserer Verbandsleitung wollen wir Wege finden, die in treuester Verbrüderung und Geschlossenheit zum Ziele führen. Die ganze Lohnbewegung fand in nachstehender Erkenntnis ihre Würdigung:

„Die Nationalisierung, die in ihrer Auswirkung ein Kulturfortschritt sein müßte, wird durch die Handlungsweise der Unternehmer mehr und mehr zu einer Geißel für die Arbeiterschaft und darüber hinaus zu einer Quelle des Unglücks für das ganze deutsche Volk. Der Weg zur Befreiung der Wirtschaft ist ein ganz anderer als der, den das Unternehmertum beschritten hat. Da 80 Proz. der deutschen Produktion im Inland verbraucht werden müssen, muß sie bei gleichbleibenden Löhnen so verbilligt werden, daß die Bevölkerung auch tatsächlich aufnahmefähig dafür ist. Solange dies nicht der Fall ist, muß dem deutschen Unternehmertum die Fähigkeit, die Produktionsmittel der Nation zu verwalten, abgesprochen werden.“

Nach den Situationsberichten der Vorstehenden ist das Gesamtbild ein fast tröstliches. Fast überall dominiert das System „Schautelstarbeit“. (Jede neuere Arbeit ist ein Ganzes für sich. Also — darüber hinausgehende Stunden sind als Überstunden zu bezahlen! Grundlage VWG.) Die Arbeitslosenziffern steigen überall. Einzelne Zahlstellen arbeiten mit Gauzschuß. Das Organisationsverhältnis ist durchweg gut.

Bezüglich des Verwaltungskurses in Bernau übertragung der Gauleiter die vom Hauptvorstand gegebenen Monita und Aufklärungen sinngemäß auf die anwesenden Funktionäre, Erklärungen und Hinweise an praktischen Beispielen liegen jeden die Wichtigkeit dieser Materie erkennen. Um hierin vorwärtszukommen, wurde von der Gauleitung vorgeschlagen — was gutgeheißen wurde —, die Zahlstellenkontrollen bzw. Verwaltungsfunktionäre zu einer Vorkursus und Einführung in die Verwaltungsgänge nach Frankfurt kommen zu lassen.

Endlich bildeten noch das Vorgehen der „NSD.“ und die „Nazi-Neugruppierungen“ einen Gegenstand der Konferenz. Das „vertrauliche“ Material, das der Gauleiter zur Hand hatte, enthielt Richtlinien über das Ausziehen beider Bewegungen, die ihre Endziele in der Zerstückelung der freien Gewerkschaften sehen. Kollege Kals bedeutete den Vorständen eindringlich, gegen jeden diesbezüglichen Versuch rücksichtslos vorzugehen. Die Gauleitung steht zur Seite. Außerdem verwies er auf den § 13 des Verbandsstatuts und brachte die Bekanntmachung des Verbandsvorstandes aus Nr. 51 der „Soli“ in Erinnerung. Diese Ausführungen taten ihre Wirkung, und die Funktionäre gingen mit dem Gelöbnis, die ernste und schwere Arbeit der Konferenz in die Tat umzusetzen, auseinander.

Walter Hüftig, Frankfurt a. M.

Die Gegenfronten bei den diesjährigen Betriebsrätewahlen

Die Betriebsrätebewegung ist mehr als zehn Jahre alt. Die Einrichtung der Betriebsräte hat sich im Wirtschaftsleben Deutschlands und auch in anderen Ländern eingelebt. Deshalb spricht man wenig von ihnen. Selbst die Unternehmer haben sich, wenn auch widerwillig, mit den Betriebsräten abgefunden. Dort, wo tüchtige Funktionäre zu diesem Amt berufen sind, klappt die Sache vorzüglich. Es gibt eine große Anzahl von Betrieben, wo die Betriebsräte sich derartig eingearbeitet haben, daß auch nicht ein Arbeiter diese Einrichtung mißverstehen dürfte. Daß das Betriebsrätegesetz nicht voll auf unseren Wünschen entspricht, braucht hier nicht auseinandergelegt zu werden. Wir würden aber schon zufrieden sein, wenn die jetzt bestehenden Rechte bis zum letzten in Anspruch genommen würden.

Die Betriebsrätewahlen stehen wieder vor der Tür. Sie erhalten in diesem Jahre eine besondere Bedeutung, weil neue Momente bei der Betriebsrätewahl in Erscheinung treten. Bisher gab es fast nur die Listen der anerkannten Gewerkschaften. In den letzten Jahren hat die sogenannte „Opposition“ hier und da Gegenlisten aufgestellt. Dort, wo die Organisation schlecht ist, wagten sich schon mal die Unorganisierten oder Gelben mit einer eigenen Liste hervor. In diesem Jahre gibt es Listen unter der Bezeichnung „Nationalsozialisten“. Die Nationalsozialisten werden 1931 zum ersten Male als eine geschlossene Gruppe bei den Betriebsrätewahlen auftreten. Schon Wochen hindurch sind Vorbereitungen hierzu getroffen worden. In den bekannten Rundschreiben der NS. wird mit aller Deutlichkeit das Wesentliche bei der Funktionärstätigkeit herausgestellt. Die NS. bejahen den Betriebsrätegedanken. Sie stellen das Betriebsrätegesetz bewußt in den Dienst ihrer Arbeit. Die NS.-Betriebsräte sollen das Rückgrat der zukünftigen Arbeit in den Betrieben bilden. Wenn wir auch davon überzeugt sind, daß vieles von dem Gedächtnis für Betriebsrätewahl nur auf Nummernfang bei den Arbeitern und Angestellten berechnet ist, so dürfen wir uns doch darüber klar sein, daß eine eifrige Vorbereitung zu den Wahlen getroffen wurde.

Hier macht sich zum erstenmal eine Gefahr breit, die nicht energig genug bekämpft werden kann. Halten wir fest, was die Nationalsozialisten wollen. In den Richtlinien heißt es u. a.: „Die NSDAP. sieht in der nunmehr angestrebten Betriebszellenorganisation die Grundlage, von der aus zu gegebener Zeit die Schaffung nationalsozialistischer Berufsgewerkschaften in Angriff genommen werden kann.“ Das Entstehen einer neuen Gewerkschaftsrichtung wird hier als naheliegend hingestellt. Nehmen wir diesen Umstand nicht auf die leichte Schulter! Die politischen Vorgänge haben uns sehr unliebbare Überraschungen gebracht. Die Arbeiterschaft muß also in diesem Jahre gegen einen neuen geschlossenen anrückenden Feind zu Felde ziehen. Es bedarf der Anstrengung eines jeden Arbeiters und Angestellten, um diese Bewegung bereits im Keim zu unterdrücken.

Neben den Nationalsozialisten werden die berufsmäßigen Spalter, die Kommunisten, bei den diesjährigen Betriebsrätewahlen mit eigenen Listen nicht fehlen. In die Wirtschaftslage und das Elend der Arbeiterschaft wird sie anspornen, gerade in diesem Jahre aktiv zu sein. Auch diese Sorte Gegner muß durch fühle überlegene Taktik in Schach gehalten werden. In dem offiziellen Aufruf haben die Spitzenverbände der Gewerkschaften darauf hingewiesen, daß die diesjährigen Wahlen eine praktische Probe für die Einheit der deutschen Gewerkschaftsbewegung sein sollen. Kein Mitglied des ADGB, oder des IFA-Bundes darf sich als Kandidat auf eine Gegenliste aufstellen lassen. Tut er dies doch, so hat er sich zu vergegenwärtigen, daß er aus seiner gewerkschaftlichen Organisation hinausfliegt. Wir erinnern dabei unsere Mitglieder an die Befehle von Verbandsvorstand und Beirat. Es ist vielen alten Mitgliedern bitter aufgestoßen, ihre wohlverworbenen Rechte durch eine solche Handlung zu verlieren. Des- und wehmütig sind sie später gekommen, um wieder als Mitglied aufgenommen zu werden. Einen solchen Kanossengang kann sich jeder ersparen.

Die Betriebsrätewahl 1931 fällt in eine schwierige Zeit. Massenarbeitslosigkeit drückt auf den Seelenzustand der Arbeiter und Angestellten, die noch im Betriebe stehen. Der Mut zu eigener und fremder Interessenvertretung ist teilweise sehr gering. Dennoch darf die Arbeiterschaft den Kopf nicht soweit hängen lassen, um die Betriebsrätewahlen zu vernachlässigen. Wir sind der Überzeugung, daß die Tätigkeit der Betriebsräte noch niemals von so außerordentlicher Bedeutung war wie in der nächsten Zeit. Sie haben manche Entlastung verhindert; sie waren bei der Kürzung der Arbeitszeit bedeutungsvolle Faktoren; sie werden eine Riesenaufgabe zu erfüllen haben, wenn das Räderwerk der Wirtschaft sich einmal wieder schneller zu drehen beginnt und Arbeiter und Angestellte wieder in die Betriebe kommen. Unsere Leser werden verstehen, welche Fragenkomplexe sich in diesen wenigen Worten widerspiegeln. Möge deshalb ein jeder Hand ans Werk legen, damit eine Betriebsvertretung zustande kommt, die diesen schwierigen Arbeiten gewachsen ist.

Das schleichende Gift der Wertzeitungen

Die Zahl der Wertzeitungen wächst trotz Verschlechterung der Wirtschaftslage. In gewaltigen Auflagen werden sie gedruckt und verbreitet. Nach einem Artikel der „Bergwerks-Zeitung“ Nr. 14 gehört die Erhaltung dieser Presse zu den ersten Sorgen der Industrie. „Sie ist ja ein unerlässliches Verteidigungsmittel in ihrem Kampf ums Dasein, ebenso unentbehrlich wie dem Schiffer sein Ruder, das er auch in Seenot nicht als Ballast über Bord wirft.“ Diese Worte besagen genug. Doch hören wir weiter:

„Unvermerkt weben sie ein Band, das alle im Wert umschließt, fördern sie Arbeitsfreude und Berufsstolz und begeben damit der Gefahr einer Entpersönlichung, der Abstumpfung und der Verarmung. Natürlich können sie nicht mit einem Male die Scheidewände niederlegen, die Zerkleinerung und Vorurteile in Dutzenden aufgeführt haben, aber unermüdlich und unverdrossen klopfen sie dagegen, schlagen ein Loch nach dem anderen. Es ist kluge beherrschende Arbeit auf lange Sicht, die sie in liebevoller Hingabe leisten und die von feinstem psychologischen Verständnis zeugt; sie wäre nicht möglich ohne eine zentrale Zeitung, die das gesamte Erfahrungsmaterial überflutet und es zum Nutzen der einzelnen Blätter auswertet. So dienen die Wertzeitungen zugleich den Arbeitnehmern und den Unternehmern unter dem verbindenden Gedanken der Werks- und Volksgemeinschaft, und das ist es, was ihnen ihre eigenartige Bedeutung verleiht. Man kann getrost behaupten, daß heute ein industrielles Großunternehmen ohne Wertzeitung kaum mehr vorstellbar ist.“

Es ist nicht notwendig, diesen Worten Erklärungen beizufügen. Eine große Gefahr sind die Wertzeitungen und können es noch mehr werden. Man suche die Weiterverbreitung dieses Schleichtages zu hindern, wo man auch nur dazu in der Lage ist. Die Gewerkschaften müssen den Wertzeitungen dieselbe Bedeutung beimessen wie die Unternehmer. Denn gegen die Gewerkschaften wurden sie in erster Linie geschaffen.



Gewerkschaftliche Ferienreisen

Einige Tage Ferien im Jahr stehen allen Arbeitnehmern zur Verfügung. Nicht mehr durch die Gnade des Unternehmers, sondern von den Gewerkschaften erkämpft. Diese Urlaubstage müssen erlebt und verteidigt werden.

Nur geringe Mittel stehen dem Arbeiter für seinen Urlaub zur Verfügung. Hinzu kommt der Mangel an Zeit und Unerfahrenheit, um die Ferienreise gut vorzubereiten.

Deshalb muß, um auch im Urlaub gewerkschaftliche Vorteile zu erlangen, auch hier organisiert werden.

Schon im Jahre 1913 empfahl das Korrespondenzblatt der Generalcommission der Gewerkschaften Deutschlands, Ferienreisen zu organisieren. Aber erst nach dem Kriege konnte diesem Rat Folge geleistet werden.

Der Ortsausflug Leipzig schuf eine gut ausbaute Reiseorganisation, die sich seit Jahren steigender Beliebtheit erfreut und durch die Werbung der Ortsausflüge Berlin und Chemnitz sowie seitens der Verlagsgesellschaft des ADGB, Unterstützung findet.

Der uns vorliegende illustrierte Prospekt über die im Jahre 1931 vorgesehenen Reisen läßt in uns den Wunsch laut werden, jeder Arbeitnehmer möchte sich an einer dieser schönen Reisen beteiligen können. Es sind z. B. vorgesehen:

1. Ab 13. Mai 1931
2. Ab 8. Juli 1931
3. Ab 2. September 1931

Dauer etwa 3 Wochen.

Salzammergut (Österreichische Alpen) vom 20. bis 28. Juni 1931.

Dolomiten — Gardasee — Benedig. Riva — Verona — Benedig — Leipzig (vom 20. bis 28. Juni 1931). Im Kraftwagen durch den Thüringer Wald (vom 6. bis 9. Juli 1931). Mit dem Kraftwagen durch den Schwarzwald und nach dem Bodensee (vom 12. bis 19. Juli 1931). Nach Nordfrankreich und Paris (vom 25. Juli bis 2. August 1931). Im Kraftwagen nach dem Harz (vom 27. bis 30. Juli 1931). Nach der Nordsee und den Banjaskäden (vom 7. bis 9. August 1931). Im Kraftwagen nach der Oberlausitz und der sächsischen Wende (vom 10. bis 13. August 1931). Schwab-Berger Oberland (vom 15. bis 26. August 1931). Nach Jugoslawien (vom 22. August bis 6. September 1931). Main — Rhein — Mosel (vom 30. August bis 7. September 1931).

Ferienaufenthalt wird vermittelt im Eigenheim der Leipziger Gewerkschaften Neumühle und in Tellerete (Südschweiz).

Alle näheren Angaben enthält der erwähnte Prospekt, der gegen Einsendung von 40 Pf. portofrei zu beziehen ist durch die Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S 14, Jnkelstraße 6a.

„Knorke“, „Frontantrieb“ und „Schubbereit“

Knorke, nun, was mit diesem Wort bezeichnet werden soll, bedarf wohl keiner langatmigen Erklärung. Ich weite 100 : 1, daß es ein Junge, so ein richtiger Heller, vielleicht auch etwas „teffer“ Junge erlunden hat. So einer, dem die Lebenslust aus den Augen läuft: ... au Mensch, det is knorke! Bermutlich war er auf seine Wortprägung gar nicht weiter stolz. Aber so eine knor... kurze Bezeichnung für etwas, das „...tippopp“... „piffen“, la ist, findet Anklang. Es greift um sich wie ein Lauffeuer; es kann eine ganze Stadt beherrschen, jeder wendet es an, der aus einer guten Laune heraus eine gelungene Sache als gut bezeichnen will. In einigen „fürnehmen“ Häusern allerdings wird es verpönt sein, es ist so polkstämmlich, und die ganz feunen Leute gehen ja mit Glacehandschuhen zu Bett.

Frontantrieb dagegen... also seien wir ehrlich: Wer kein Automobil hat, wer gar nicht daran denken kann, sich jemals eins kaufen zu können, wer also für den Mechanismus eines Automobils kein Interesse hat, der wird also erst einmal überlegen: Was ist das, Frontantrieb? Welche Front soll angetrieben werden? Wo, in Dreiteufelsnamen, tobt denn schon wieder eine Schlacht? Bis ihm dann jemand, der in solchen Dingen Bescheid weiß, Aufklärung gibt: Also, steh mal, das ist so: Fast alle Automobile haben den Motor auf der Vorderachse zu ruhen. Die Kraft des Motors wird mittels einer Welle auf die Achse der Hinterräder übertragen. Derartige Fahrzeuge kommen, wie du ja weißt, bei schlechtem und nassem Pflaster leicht ins Schleudern. Um dem abzuwehren, beginnt die Automobilindustrie Fahrzeuge zu bauen, bei denen die Vorderräder angetrieben werden. Versuche haben ergeben, daß diese Kraftwagen betriebssicher sind. Es handelt sich folglich um einen Vorderrad-antrieb.

Die Betriebsleiter, Geschäftsführer, Propagandachefs der Automobilindustrie sind nun Leute, die für eine knor... — Verzeigung! — kurze, knappe Bezeichnung technischer Neuheiten ihrer „Branche“ sehr viel Sinn haben. „Vorderrad-antrieb“ — das ist gar nichts, aber „Frontantrieb“, ha, das hat Zug! Das klingt nach etwas! Das hat Schmeiß! Tatütat!...

Eine ganze Weltanschauung liegt darin. —

Schubbereit ist ja kein neues Wort. Im Gegenteil, die Welt kennt es viel, viel zu lange. Ja, du glaubst es nicht, aber es ist so: Wenn es keine Kriege mehr gebe und keine Waffen, das Wort „Schubbereit“ würde man noch im Sprachschatz haben. Und damit verhält es sich so: Du gehörst zu den Glücklichen, die einen photographischen Apparat besitzen. Du hast die Freundlichkeit, mich, als deinen alten Freund, „knipfen“ zu wollen. Du hastest auf deiner Zaubertaste, mir aber wird das Stillstehen langweilig, und so frage ich: „Sag mal, bist du bald soweit?“ Und du antwortest ganz richtig: „Aber, mein Lieber, ich muß doch das Ding erst aufnehmenbereit machen!“ Da gebude ich mich. Ich würde aber, wie von der Natur gestochen, aufspringen, würdest du rufen: „Weiß doch noch ruhig sitzen, ich bin gleich schubbereit!“ Da hört ja denn doch die Ruhe auf!

„Aufnahmebereit“, das sagst du und noch Tausende von Arbeiterphotographen. Blättere aber mal in einer der photographischen Zeitschriften, die Firmen der photographischen Industrie herausgeben, und du kannst auf jeder zweiten Seite etwas von der „schubbereiten Kamera“ lesen. Schriftleiter und Einfender „gehen auf die Jagd“ nach Motiven, sie „spüren eins auf“, „visieren“ gut und — „brüden ab!“

„Luns!“ Das Gegenüber hätten wir!

„Aufnahmebereit?“ Nein, wo denkst du hin! Wenn wir auch nicht schießen dürfen (und ob wir möchten!), aber aufnehmenbereit, nein, so weiblich-melancholisch Positiven sehen wir ab. Wir sind schubbereit! Heil! Wir brüden ab! Heil!

„Aufnahmebereit bist du, Mann aus dem Volke, Mensch mit dem Herzen für alle Klassen, für alle Nationen.“

Ja, ja, man kann sie schon an ihren Worten erkennen!

Erich Zarzmin.

Das Pressemonopol

Wir entnehmen die folgende Schilderung dem hiesigen unerschrockenen und gelehrigen „Licht“ in „a. i. t. i. l. e. z. u. w.“ von D. Manden-Gelsen. Das reich illustrierte „Licht“ (Preis 4.80 M., für Mitglieder Sonderpreis) erscheint im Verlag „Der Arbeiter“, Berlin SW 61. Man muß wissen, daß Luza — nach außen hin eine selbständige Volkseigenheit — in Wirklichkeit eine sowjetrussische Kolonie darstellt.

„Mischinl. Ende der Fahrt nach Olen. Umsteigen nach Sibirien, nach Mischinl, Luza zu. Von Moskau bis hierher waren es 3813 Kilometer; jetzt ist es nicht mehr weit: nur noch 460 Kilometer Bahn, nur noch weitere 500 Kilometer im Wagen, und schon ist man in Kojl-moto.“

Das Südsibirien Mischinl gehört zu den ältesten Siedlungen der Russen in Sibirien. 1641 hat es der Wojewode (Gouverneur) Jakob Luchatschewski als Festung angelegt. Einige Jahre später wurde es von Kirgisen überfallen und niedergebrannt; 1682 wieder aufgebaut. Eine Bierbrauerei, eine Bäckerei, eine Mühle, das ist die ganze Industrie. Die Stadt ist nur ein vergrößerter Bahnhof, ein Hausen von Metern; vor allem aber ein Stapelplatz für Getreide und Dämme, besonders für Dämme; es ist geradezu die Darmzentrale Sibiriens.

Von den zwanzigtausend Einwohnern kann kaum die Hälfte lesen und schreiben. Freilich, wenn man das „Mischinl-Blatt“ liest, die dreimal in der Woche erscheinende Zeitung, fühlt man sich fast versucht, zu fragen, ob es ein so großes Unglück ist, in Mischinl Analphabet zu sein?

Wer in Europa kennt denn die russische Provinzpresse? Wer hat denn jemals Zeitungen wie die „Mischinl-Blätter“ „Sowjetmacht“ in der Hand gehabt? Oder der „Koten-Blätter“, der in Kojl-moto als das Organ der russischen Kolonisten in Luza erscheint? Wer weiß denn, was alle diese „Koten-Blätter“ und „Koten-Blätter“ schreiben? Die Moskauer, allenfalls noch die Kenigsberger Blätter müssen damit rechnen, daß sie auch Nachrichten lesen. Die Provinzpresse braucht diese Rücksicht nicht zu nehmen. Sie macht, durch die Zensur vor jeder Kritik geschützt, ohne Furcht, mißbraucht werden zu können, von ihrem Monopol in einer Weise Gebrauch, die selbst den immer wieder aufs neue überrascht, der Ausland einermäßig zu kennen glaubt. Man fragt sich, ob es nur träge Unwissenheit ist, wenn der „Radikaljournalist“ Brand ein Sozialdemokrat genannt wird, ob der sibirische Redakteur durch den Ausdruck „Sozialismus“ so wirr geworden ist, daß er Hakenkreuzer und Sozialdemokraten verwechselt, oder ob der Wagnis Mensch hat.

Doch der außenpolitische Teil ist ja eine akademische Abhandlung, zu der man teig zurückkehrt, wenn man sich den lokalen Teil, das sind neun Zehntel der Zeitung, ansehen hat. Eine Orgie von Denunziationen. Die Frau des Bürgerz. wurde erlantz, als sie ins Kirchengor hinein schleppte. Das sagt der Betriebsrat dazu? Der Bürger V. ant war seine Rechts- oder Halbrechts- oder Viertelrechts-Bezeichnung feierlich abgezwungen, doch es besteht der Bericht, daß er, mag er jetzt auch schweigen, noch immer nicht hundert Prozent auf der Generallinie der Partei steht. Ein Streber verkündet, daß er fünfzehn Prozent seines Einkommens aus die Staatsanleihe gezeichnet hat, und fordert ihm zu folgen. Tag für Tag, jahraus, jahrein dasselbe, ein Weiskrug bis nach Luza.

Wenn man diese Blätter kennt, wundert man sich gar nicht mehr, wenn ein Kommunist, wie es einer tat, sich mit von Monopolisten an Gesellschaft leistete, weshalb denn die Arbeiter im Westen so feig seien. Er hatte Vorstellung, in ganz Europa wüde der weiße Terror. Er wollte einfach nicht glauben, daß es immerhin gewisse, ununtümpelte Sozialgehebe gebe, laschte mich aus, als ich behauptete, wir könnten Arbeiterurlaube, Arbeitslosenunterstützung und Betriebsräte. Alles das sei doch nicht wahr, er könne denn doch auch lesen, und das war kein Halb-analphabet, sondern ein Apothekergehilfe, ganz klug sonst und gewest. Was für ein mächtiges Herrschaftsmittel ein Pressemonopol ist, wird einem erst so ganz deutlich, wenn man seine Wirkungen so lebendig vor Augen sieht.

Beruf

„Beruf“ ist ein tiefes, schönes, gehaltvolles Wort. Eine Beruf hat ein Mensch im ursprünglichen Sinne: zu etwas berufen sein. Aus dem inneren Wesen heraus etwas zu schaffen. So zu wirken, wie es das innere Tatberlangen gebieterisch erheischt.

Es gibt nicht viele, die in diesem Sinne einen Beruf erlangen. Das Arbeitsleben drängt immer mehr auf Mechanisierung, Technisierung hin, und nur ein neuer Arbeitsgebäude, mit der neuen Wirtschaft kommt und kommen muß, wird die Maschine einmal zur wahren Befreierin des Menschen machen, indem sie das Mechanische schafft, das

es dem Menschen gegeben, mit Hirn und Hand zu arbeiten für den Menschen zu arbeiten in neuem freiem Wert.

Das Heiligste dieses Berufes ist dann das innerliche, sittliche Verhältnis des Menschen zu seinem Werte. Gemeinlich stellt ihn dann an seinen Platz. Gemeinlich ist es, Liebe zum Gange, Eingefühl mit aller Brudermiete, das jeden dann auf seinem Maße schafft läßt.

Und so ist jeder berufen. Für den Menschen berufen. Und wer vielleicht auch heute schon in seinem Schaffen glücklich ist: berufen wird er erst morgen sein zu heiligem Werte.

Und darum sind alle, die schaffen, berufen, zu ringen um dieses Morgen der Freiheit und der Innigkeit.

Aus den Zahlstellen

Bielefeld. Die am Donnerstag, dem 29. Januar, sehr gut besuchte Generalversammlung nahm den vom Kollegen Spalhoff gegebenen Jahresbericht entgegen. Dieser zeigt, daß die Arbeit im verflochtenen Jahr eine geringe gewesen ist. Ein anschauliches Bild von der großen Arbeitslosigkeit gab die Zerlegung der ausgezahlten Unterführungen. Weiter sprach Kollege Spalhoff den Dank der Arbeitslosen für die durch freiwillige Sammlungen aufgebrachten Mittel aus, deren Ertrag neben der vom Hauptvorstand gewährten Unterstützung zum Weihnachtstfest ausgezahlt wurde. Aus dem Jahresbericht war weiter zu entnehmen, daß Tarif- und Lohnunterschieden durch Rücksprache mit den einzelnen Firmen geregelt wurden, so daß sich Klagen nicht notwendig machten. Ein recht günstiges Bild zeigte der Bericht über die Mitgliederbewegung. Trotz der schlechten Wirtschaftslage hielt sich der Mitgliederbestand fast auf der alten Höhe. Der verlesene Jahresbericht wurde von den Revisoren bestätigt. Die nunmehr vorgenommenen Vorstandswahlen ergaben die einstimmige Wiederwahl des bisherigen Vorstandes. — Am Mittwoch, dem 18. Februar, fand in der „Eisenhütte“ eine stark besuchte Versammlung statt, in der der Gauleiter Kollege Spartzoff einen Bericht über die Lohnverhandlungen gab. Von der Lohnverhandlung der Metallarbeiter ausgehend, erklärte er, daß bei der im Unternehmerrlager grassierenden Lohnabbau auch unsere Arbeiter nicht zurückstehen wollten und dementsprechende Anträge gestellt hätten. Wenn es ihnen nun gelungen ist, mit Hilfe der Schlichtungsinstanzen, begünstigt durch die Wirtschaftskrise, ihre Abbaugelüste durchzusetzen, so muß dies ein Ansporn sein, weiter an dem Ausbau der Organisation zu arbeiten, um bei kommender Gelegenheit diese Scharte auszuweihen. Da dieser staatlich sanktionierte Lohnabbau rechtswirksam geworden ist, warnte Kollege Spartzoff die Anwesenden, unüberlegte Schritte zu tun und nur den Weisungen der Organisation zu folgen. Der geplante Angriff auf die überparteilichen Zulagen müsse natürlich mit allen Mitteln abgewehrt werden. Die Absichten unserer Unternehmer gehen aus ihren Zeitungsartikeln hervor. Ein Abbau der Leistungszulagen würde ein zweiter Lohnabbau sein, aber vielleicht würde denn den Drahtziehern die Einsicht kommen, daß der, der Wind füt, Sturm erntet. Wir werden uns notgedrungen diesem Schiedspruch fügen müssen, werden aber jeden Versuch, unsere Lebensgrundlage noch mehr zu verelendern, abzuwehren wissen. In der anschließenden Aussprache sprachen die Kollegen Jutamp, Spalhoff und Winkelman im Sinne des Referenten. Eine Resolution fand einstimmige Annahme. — Da das Preisabnahmeverprechen der Regierung bisher nur eine leere Phrase geblieben ist, war ein Lohnabbau auf keinen Fall gerechtfertigt. Die Verarmten sind sich darüber klar, daß eine Verminderung des Lohnes auch eine Verminderung der Arbeitsfreudigkeit zur Folge hat. Die Mitglieder fügen sich dem gesetzlichen Zwange, geloben aber, durch Treue zur Organisation bei kommender Gelegenheit diese Scharte auszuweihen.

Chemnitz. Unsere Jahreshauptversammlung am 3. Februar war überaus stark besucht. Der erste Vorsitzende, Kollege Fiedewitz, gab den Jahresbericht. Er schilderte in großen Zügen die wirtschaftliche Situation und geistelte sehr scharf, daß die Mittel, mit welchen die deutschen Unternehmer die Krise und Arbeitslosigkeit beseitigen oder beheben wollten, vollständig untauglich seien. Mit Lohnsenkung, Kartellbildung, Subventionen und Zölle würde die Krise nur noch verschärft, ein Beweis, daß die Führung der deutschen Wirtschaft unfähig sei, das Wirtschaftselend zu beheben. Die gegenwärtige Arbeitslosigkeit könne nur beseitigt werden durch die Mittel und Wege, die von den Gewerkschaften schon so oft fargelegt worden sind. Redner erklärte dann die im Laufe des Jahres stattgefundenen Tarif- und Lohnverhandlungen. Den Reichstakt für das Buchdruckereihilfspersonal möchten die Herren Prinzipale am liebsten ganz ablehnen, damit sie freie Bahn bekommen, das Hilfspersonal ganz nach Belieben der Unternehmer zu entlassen. Die diesmaligen Lohnverhandlungen stünden im Zeichen des Lohnabbaues von seiten der Unternehmer, und noch heute zur Stunde nicht einwandfrei fest, welches Resultat die geführten (am 2. Februar) Verhandlungen, nach einer sechswohigen Verlängerung des laufenden Tarifs, von seiten der Schlichter gezeitigt haben würden. Ein Antrag der Kommunisten, Bericht darüber zu erstatten, mußte, da noch kein positives Ergebnis vorlag und bekannt war, unbeantwortet bleiben. Gleichzeitig gab Fiedewitz den Kasfenbericht, welcher durch die schreckliche Arbeitslosigkeit ungünstiger geworden ist. Für Arbeitslosen- und Krankenunterstützung seien sehr hohe Summen zur Auszahlung gekommen. Auch je von seiten der Mitglieder sehr begrüßt worden, daß trotz der sehr hohen Zahl von Arbeitslosen noch Weihnachtunterstützung an alle arbeitslosen und kranke Mitglieder ausgezahlt werden konnte. Auch aus der Lokalkasse sind ansehnliche Summen für Unterführungen ausgezahlt worden. Außerdem sind von unseren arbeitslosen Mitgliedern sieben Kinder im Alter von 6 bis 14 Jahren außer Schulverpflichtung in Unterführungen sind, konnte deutlich zum Ausdruck in den schrecklich hohen Zahlen der Arbeitslosen und Krankentage. Nachdem Fiedewitz den Funktionären und besonders den Unteraktiveren noch seinen Dank für ihre Pflichterfüllung ausgesprochen und zur Einigkeit und Werbung der noch fernstehenden — erstklassigerweise sehr wenigen — Kolleginnen aufgefordert hatte, schloß er seine vom Beisatz der Versammlung getränten Ausführungen. In der folgenden Ansprache beteiligten sich drei Kollegen von der KPD. — Linientreu — und ein Kollege von der KPD. Die Ausführungen brachten nichts Neues. Sehr sachlich und zur Einigkeit mahnend sprach der Kollege von der KPD. Zur Neuwahl der Ortsverwaltung waren zwei Listen eingegangen. Liste 1: Verbandsaufbau und Liste 2: Kommunisten bezeichnet. Die Ab-

stimmung ergab, daß die Liste 1 mit großer Über zwei Drittel Mehrheit gewählt wurde. Die Liste 1 enthielt die Vorschläge der bisherigen Ortsverwaltungsmittglieder. Es ist somit eine Änderung betriebs der bisherigen Zusammenlegung der Ortsverwaltung nicht eingetreten.

Frankfurt am Main. Generalversammlung am 19. Februar. Über die Lohnverhandlungen berichtete Kollege Kleemann. Die verzeigten Verhandlungen und den darauffolgenden Schiedspruch vom 17. Dezember kurz besprechend, leitete er zu dem am 2. Februar verkündeten Schiedspruch und seiner Begründung über. Ein Ergebnis, was keinen Gewerkschaftler befriedigt! Man hat in allen Stellen die berechtigten, zu einer Besserung der Allgemeynheit führenden Anträge der Gewerkschaften unbeachtet gelassen, darüber hinaus sogar mit amtlicher Hilfe eine einseitige Lösung des Konfliktes herbeigeführt. Der „großzügige Preisabbau“ ist im Arbeiterhaushalt überhaupt nicht fühlbar. Wir lehnen den Schiedspruch ab, protestieren auch gegen die ausgesprochene Verbindlichkeitsklärung. Sind wir nun gezwungen verpflichtet, uns diesem Zwangsakt zu beugen, so kann uns keine Macht hindern, in enger organisatorischer Geschlossenheit einem weiteren Angriff auf die Lebenshaltung der Hilfsarbeiterklasse das Wasser abzugraben. — In der Diskussion wurde von allen Seiten scharfster Protest gegen das Ergebnis eingelegt, der, in bezug auf das Reichsarbeitsministerium, besonders unterstrichen wurde. Zwei Entschlüsse gingen ein. Die eine, worin sofortige Arbeitsniederlegung verlangt wurde („Sphlem Sower“), verfiel der Ablehnung. Die andere fand Annahme: „Der mit so großen Worten angekündigte Preisabbau ist in seiner Auswirkung derart minimal, daß ein Lohnabbau von 6 Proz. in keiner Weise zu rechtfertigen ist. Die von dem Unparteilichen abgegebene Begründung entspricht der Stichhaltigkeit. Ganz besonders wird verurteilt, daß der von unseren Vertretern vorgeschlagene Weg, die Arbeitszeit zwecks Einreichung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß zu verfürzen, unbeachtet blieb. Von der Verbandsleitung erwarten wir, daß sie diesen Antrag bei jeder Gelegenheit in den Vordergrund stellt und nicht eher ruht, bis ihm Erfolg beschieden ist.“ Die Vorstandswahl, die sich etwas bewegt gestaltete, brachte nach mehreren Wahlgängen den alten Vorstand wieder in die Amler. Es folgten als: 1. Vorsitzender: Kollege Kalb. 2. Vorsitzender: Kollege Kleemann, Schriftführer: Kollege Hüttig, Beisitzer: Kollegin Ruch und Kollege Heimlein. — Da der Punkt Lohnverhandlungen reichlich zwei Stunden einnahm, mußte der vorgeordnete Zeit halber der übrige Teil der Tagesordnung: Geschäftsberichte usw. verlagt werden.

Karlruhe. Am 11. Februar fand nach Geschäftsbeschluss eine Mitgliederversammlung statt, um zu dem für das Buchdruckergewerbe gefällten Schiedspruch Stellung zu nehmen. Gauleiter Kollege Werner (Stuttgart) gab in reichlich einfindiger Ausführung den Erschienenen ein Bild über die Lohnverhandlungen und von der stattgefundenen Gauleiterkonferenz. Es war wenig Erreuliches, was uns Kollege Werner mitteilen konnte. Die von den Schlichtern sich jetzt gefällten Schiedsprüche beweißen deutlich, daß sich die Regierung nicht den Argumenten der Arbeiterkraft, sondern der Arbeitgeber angegeschlossen hat. Besonders der für das Buchdruckergewerbe diktierte Schiedspruch war eine große Enttäuschung und ist uns in keiner Weise gerecht geworden. Er brachte nicht einmal die Lösung der Arbeitszeitfrage, die unbedingt notwendig ist, wenn wir die große Zahl der Arbeitslosen wieder in den Produktionsprozeß zurüdführen wollen, aber um dieses Problem werden wir in nächster Zeit nicht herumkommen. Die von den Kollegen in der Diskussion erfolgten Äußerungen fanden ihren Niederschlag in einer Entschlüsse, welche von der Versammlung einstimmig gutgeheißen wurde: „Die Versammlung bedauert, daß der Schiedspruch in keiner Weise der Lage der Arbeiterkraft gerecht wird. Die Versammlung begrüßt die Ablehnung des Schiedspruches durch unsere Verbandsinstanzen. Die Lohnverhandlungen haben uns gezeigt, wohin die Wünsche der Unternehmer gerichtet sind. Diesen ein Halt zu bieten, ist nur einer starken Organisation möglich. Auf alle Fälle werden wir die Organisation, die uns den Tarifaufbau gebracht hat, weiter stärken und ausbauen, indem wir mit verdoppelter Kraft uns der Agitation widmen wollen.“ Unter Punkt Verchiedenes machte der Vorsitzende Kollege Krieger noch bekannt, daß in nächster Zeit Neuwahlen der Betriebsräte stattfinden, die nötigen Vorbereitungen mögen getroffen werden. Einige interne Angelegenheiten bildeten den Schluß der Versammlung.

Kassel. Eine am 16. Februar gutbesuchte Versammlung besahte sich mit dem von den sogenannten Unparteilichen gefällten und inzwischen für verbindlich erklärten Schiedspruch für das Buchdruckergewerbe und brachte nach einer recht fruchtigen Diskussion ihre Auffassung in folgender Entschlüsse zum Ausdruck: „Die Mitglieder der Zahlstelle Kassel nimmt in höchster Empörung Kenntnis von der nunmehr erfolgten Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches für das deutsche Buchdruckergewerbe durch den Reichsarbeitsminister. Sie ist am so mehr empört, als der gerechten Forderung der graphischen Arbeiterkraft, Kürtzung der Arbeitszeit zwecks einstellung arbeitsloser Kollegen und Kolleginnen, in keiner Weise Rechnung getragen wurde und betrachtet die Verbindlichkeitsklärung als ein reines Geschenk an unsere Unternehmer, ohne irgendwelche Gegenleistung, zumal von der seitens der Reichsregierung in großen Lettern angeklügten Preisentsungaktion bis jetzt nichts verspürt wird. Wir warnen unsere Unternehmer vor einer Fortleitung ihres Lohnraubes, da wir seit entfallen sind, jeden weiteren Angriff auf unsere Lebenshaltung mit den schärfsten Mitteln zurückzuweisen.“ Die Kasseler Kollegenschaft erkennt die Mühe und Arbeit ihres Unterhändlers bei den Verhandlungen an und spricht hiermit der Zentralkommission ihr vollstes Vertrauen aus. Dem Antrag, für die Dauer der jetzigen Wirtschaftskrise zugunsten der Arbeitslosen einen Extrabeitrag von 5 bzw. 10 Pf. pro Woche zu erheben, wurde seitens der Versammlung zugestimmt.

Beipzig. Zirk 1000 Kolleginnen und Kollegen waren am 10. Februar im Schloßhofsaal erschienen, um den Bericht des Kollegen Beyer von der letzten Lohnverhandlung und der Gauleiter- und Beiratsprüfung entgegenzunehmen. Ein gangs seines Referates zeichnete Kollege Beyer nochmals kurz die Bestrebungen der Unternehmer auf. Während die Unternehmer Lohnabbau usw. verlangten, haben die Arbeitervertreter im Interesse der Arbeitslosen die 40-Stunden Woche gefordert. Damit wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Arbeiterkraft Opfer bringen wolle, um den bedauernswerten Arbeitslosen zu helfen. Er schilderte dann die vergangenen Lohnverhandlungen und übte an der Begründung des Schiedspruches scharfe Kritik. Die Gauleiterkonferenzen der Gewerkschaften und Hilfsarbeiter haben einstimmig diesen Schiedspruch abgelehnt. Bei der zu erwartenden Verbindlichkeitsklärung ist an einen Streik auf der ganzen Linie nicht

zu denken, uns stehen alle staatlichen Machtmittel entgegen. Der Kdnner jagte den Unternehmern den schärfsten Kampf in veränderter Form an. Wenn die Kollegenhaft geschlossen hinter der Gauleitung stehe, dann wird es sich zeigen, wer im Kampf um Recht Sieger bleibt. Für das Steinbrudgewerbe ist bis Ende Mai der Friede gesichert. Leider ist im Schriftgütergewerbe die Krise sehr schwer. In der Distriktsion wünschte als erster Kdnner der durch Hintertüren eingedrungenen ausgegliederten Kollege Stabe das Wort. Da er sich weigerte, den Saal zu verlassen, mußte er durch Polizei entfernt werden. Nach diesem bedäunenden Vorfall wurde die Distriktsion durch den Oppositionsredner Böhling eröffnet, der in der üblichen Form über die reformistische Leitung herzog. Die Forderung der 40-Stunden-Woche sei nur ein Bluff für die Arbeiterhaft. Zur Erheiterung der Anwesenden zählte er alle jogenannten Sünden der reformistischen Verbandsleitung vom Urfaß bis zu dem erfolgten Ausschluß auf. Kollege Storch und Fißelich rechneten in herzerkührender Weise mit der Opposition ab. Was uns von der linken Seite trennt, ist die Tatsache, daß wir keine Katastrophenpolitik treiben. Wir putzen nicht, leisten keine Forderungen, sondern bauen im Interesse der Arbeiterhaft unsere Organisation aus. Auf keine Ausführungen, daß wir jetzt im Zeichen der Weltwirtschaftskrise stehen, kommt von links der Jurist Kuslan. Ganz recht erwidert er: Ich wollte auf Kuslan hier in einer Gewerkschaftsverammlung nicht eingehen, aber auch dort herrscht große Arbeitslosigkeit. Worauf prompt der Jurist kam, die dortigen Arbeitslosen wollen nicht arbeiten. Mit Empörung gestellte der Kdnner Luther diesen tiefbedäunenden Jurist als Zeichen des getrigen Tiefstandes der sogenannten Opposition. Die deutschen Unternehmer beschimpfen die Arbeitslosen auch als Arbeitsheute. Er spricht offen aus, daß die Unternehmer die Opposition als Reter gegen die reformistische Leitung ansehen. Kollege Thielemann als Teilnehmer der Konferenz lärt die Verammelten in kurzen trefflichen Sätzen auf. Auch dieser Kollege gab seiner Empörung über das Verhalten der Opposition in dieser schweren Situation Ausdruck. Kollege Vener richtete im Schlußwort die erste Mahnung an Böhling, in seinen Äußerungen Maß zu halten. Die Forderung der 40-Stunden-Woche sei bitterer Ernst. Die sogenannte Oppositionsarbeit und ihre Ziele werden noch einmal vom Kollegen Vener rüchthtslos aufgezeigt. Er warnte vor NSD, und machte auf die Folgen, die für jeden Anhänger entstehen, aufmerksam. In einer am Schluß einstimmig angenommenen Entschließung heißt es: Die Verammelten lehnen diesen Schandpruch ab und betonen gleichzeitig, daß sie mit allen Mitteln in den Abwehrkampf eintreten werden. Ihren Verbändlern und ihren Organisationsleitungen sprechen sie ihr volles Vertrauen aus in dem Bewußtsein, daß alles getan wurde im Interesse und zum Schutze der Kollegenhaft. Kollege Vener dankte den Verammelten und bat bei eventuellem Abbau der Überlöhne um sofortige Benachrichtigung im Büro.

München, daß die Lohnabbauwelle nun auch an den Wall der graphischen Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen donnert und die dort wenig vorhandene Kaufkraft noch um ein weiteres schmälert, brachte manchen, bisher den wirtschaftlichen Werten gleichgültig gegenüberstehenden Kollegen männlichen und weiblichen Geschlechts auf die Beine und deshalb erfreulicherweise eine bis auf den letzten Platz gefüllte Verammlung im größten Saale des „Koloosseum“. Es ist die Jahresgeneralversammlung der Jahrestelle München, die, wie Kollege Schmid bei der Eröffnung erklärte, entgegen sonstiger Gepflogenheit der Entgegennahme der Funktionsberichte und der Neuwahl der Ortsverwaltung, sich auch mit dem am 2. Februar ergangenen Schiedspruch für die Arbeiter und Arbeiterinnen im Buchdruckgewerbe und den damit verbundenen Lohnabbau von 6 Proz. zu beschäftigen habe. Einen instruktiven Tätigkeitsbericht über die Aufnahme von Arbeit sowohl am Ort wie im Gau IV unseres Verbandes erstattete Kollege Lehmeier als 1. Vorsitzender und Gauleiter. Zahlen reichten sich an Zahlen über vollbrachte Agitation und der damit verbundenen Sitzungen und Verammelungen, das Vorklistwerden von Tufenenden von Betrieben, die vielen Vertretungen vor dem Arbeitsgericht und die Summen, die für unsere Mitglieder dort durch Vertretung des Verbandsfunktionärs gerettet werden konnten. Bei all dieser im Interesse des Verbandes und der Mitglieder geleisteten Arbeit sei ihm die Ortsverwaltung und Kollege Schmid helfend zur Seite gestanden, denen er dafür Dank und Anerkennung zolle, ebenfalls den unermüdeten Pionieren in den Betrieben, unseren Vertrauensleuten, denen er für ihre oft mit Aufwand geklohte Arbeit herzlichsten Dank sollte. Mit der Aufforderung, ganz gleich wie die Stürme nun an uns heranzubrauen werden, treu zur Fahne des Verbandes stehen zu wollen, schloß Kollege Lehmeier seinen mit Beifall aufgenommenen Jahresbericht. Kollege Bauer zeigte in dem Kassensbericht des Jahres und des 4. Quartals 1930 den jeweiligen Barometerstand der Finanzlage und des Mitgliederstandes der Jahrestelle. Das prozentuale Verhältnis der organisierten Kollegen und Kolleginnen im Buch- und Steindruck und in der Chemigraphie sei ein absolutes zufriedenstellendes, jedoch seien die finanziellen Verpflichtungen wie überall auch bei uns infolge der fürchterlichen Arbeitslosigkeit und des hohen Krankentandes ganz gewaltig gestiegen. Die Solidarität fand in beredeten Äußerungen ihren Ausdruck bei den vielen Extraaufstellungen und besonders bei der Weihnachtsumterstützung, wo unser Verband wohl an der Spitze aller Arbeiterorganisationen gestanden habe. Der Bericht der freiwilligen Sterbekasse gab ein Bild der segensreichen Wirkung dieses Interaktionszweiges. Das Vertrauen, das die Münchener Mitglieder in die Ortsverwaltung setzt, zeigte sich am besten dadurch, daß der nachfolgende Tagesordnungspunkt glatte Erledigung in der einstimmigen Wiederwahl des Ortsausschusses fand. Eine kurze Pause, und dann erhielt Kollege Schmid das Wort zu dem vom Zentral-schiedsamt gefällten Schiedspruches des leistungsgewichteten Lohnabbaues und zu dem am 3. Februar und folgende Tage stattgefundenen Sitzung des Verbandsvorstandes, des Verbandsbetrates und der Gauleiter. In einer Zeit, da Millionen hungern vor den von Fülle plagen den Verkaufsläden stehen und die noch in Arbeit stehenden nicht instande sind, das unbedingt zum Leben Notwendige und die sonst noch für den Haushalt erforderlichen Bedarfartikel anzuschaffen, will man auch der Arbeiterhaft im Buchdruckgewerbe die Löhne um 6 Proz. abbauen und damit eine weitere Verschlechterung der Lebenshaltung herbeiführen. Die Konferenz hat zur gegebenen Lage in unserem Gewerbe Stellung genommen und einstimmig diesen Schiedspruch abgelehnt. Kdnner schiederte den Standpunkt des Verbandsvorstandes, der den Ernst der Lage nicht verkennt, keineswegs aber gewillt ist, ohne heftige Gegenwehr die Verschlechterung unserer Lohnverhältnisse entgegenzunehmen. Kollege Schmid gab dann noch Weisungen über das weitere Ver-

halten unserer Mitglieder im gegenwärtigen Lohnkampf, feuerte zum festen Zusammenhalten an und schloß mit der Aufforderung, nun erst recht in der Agitation nicht zu erlahmen und den letzten noch fernstehenden Kollegen und die letzte Kollegin zum Anschluß an den Verband zu bewegen. Die Erbitterung der Kollegenhaft über das Vorgehen der Unternehmer und das Verhalten der Schlichtungsstellen kam lebhaft in der folgenden Aussprache zum Ausdruck, in der besonders Kollege Dammbach auf dem Standpunkt stand, auch das letzte zu rüstieren, um weitere Verschlechterungen der Löhne der Hilfsarbeiter hintanzufahren. Stets auf Ruf des Verbandes zum Handeln bereit, verzichtete die Verammlung auf eine Resolution. Kollege Lehmeier behandelte dann noch eine Reihe lokaler Angelegenheiten, wie die Förderung der Agitation für unsere Sterbekasse, den Beitritt der Mitglieder zur Flamme, und führte einen Beschluß herbei, wonach in Zukunft den Hinterbliebenen unserer verstorbenen Mitglieder, die auf Niederlegung eines Kranzes am Grabe Verzicht leisten, ein Betrag von 10 M. ausgeschüttet werden soll. Kollege Schmid behandelte dann noch die Frage der Doppelpersonen, die bei unseren verheirateten Kolleginnen in den einzelnen Betrieben große Benurückung hervorgerufen habe. Schon das Programm der SPD, beschlossen zu Heidelberg 1923, sehe gleiches Recht der Frauen auf Erwerbsarbeit vor. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß bei notwendigem Betriebseinsparungen selbstverständlich nach sozialen Grundfragen zu verfahren sei und Kolleginnen, deren Mann Verdienstmöglichkeit noch hat, denselben Kolleginnen Platz zu machen haben, die auf sich selbst angewiesen sind. Sonst aber bestreite für uns keine Verammlung, die Hand zu bieten zur Entlassung der Frauen aus ihren derzeitigen Stellen, weil wir ja wiederum diese Posten in Ermangelung genügend lediger Kolleginnen mit verheirateten Kolleginnen, die ja auch nicht zum Vergleichen zur Arbeit gehen, besetzen müßten. Noch ein Hinweis auf die Lohnarbitrerverhandlungen im Steinbrudgewerbe, die zu ernstlichen Differenzen führen können, und Kollege Lehmeier konnte dann die zwar sehr ernst aber in aller Sachlichkeit und Ruhe verlaufene große Verammlung schließen.

Magdeburg. In dem Verammelungsbericht (Nr. 7 der „Solidarität“) ist ein kleiner Fehler unterlaufen; nicht 300 M. wurden zu Weihnachten als Sonderunterstützung gezahlt, sondern mehr als 500 M. kamen zur Auszahlung.

Mainz. Die Mitgliederversammlung am 13. Februar beschäftigte sich mit dem gesetzlich sanktionierten Lohnabbau der deutschen Druckereibetriebe. Der Vorsitzende, Kollege Müller, ging rüchthtslos auf den von den Industriellen mit großem Tamtam ausgezogenen Preisabnahmehindeln ein. Eine gewisse bürgerliche Presse sucht mit allerlei grotesken Beweisen der deutschen Arbeiterhaft einen Abbau der Preise für Lebens- und Bedarfsartikel als glaubhaft zu suggerieren. Niebenhafte Reklame an den Schaufenstern mit dem Schlagwort „Großer Preisabbau“ usw. täuschen oft genug Publikum und Behörden. Alle diese Tatsachen und die gegenwärtige katastrophale Krise wurden Bundesgenossen für das angreifstrebende Unternehmertum. Daß die deutschen Druckereibetriebe sich diesen mündrecht gemachten Happen nicht entgegen lassen wollten, war gar nicht anders zu erwarten. Sie madten den Mund — wenn schon, denn schon — sehr weit auf und wollten gleich zweimal frühstücken. Erst Abbau der Leistungslöhne im Januar und dann im Februar Abbau der Tariflöhne um 14 Proz. Kdnner streifte dann die Verhandlungen vom Dezember 1930 bis zum Schiedspruch am 2. Februar 1931, der den Lohnabbau von 6 Proz. brachte. Da der Arbeitsminister diesen Schiedspruch für verbindlich erklärt hat, stehen wir vor vollendeten Tatsachen. Wir müssen nun dafür Sorge tragen, daß den Unternehmern die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Die Unternehmer rüsten von neuem zu einem zweiten Lohnraub für den Späthommer. Jetzt schon sei es gesagt, sie werden dann ein Echo finden, das ihnen unangenehm klingen wird. Jede Muskel muß angespannt werden, um die Organisation in Angriffsstellung zu halten. Das Hilfspersonal kann und darf sich nicht mehr in das unwürdige Abhängigkeitsverhältnis der Bortzigezeit zurückwerfen lassen. Der Vorsitzende der Jahrestelle Wiesbaden, Kollege Pfleger, machte noch einige bemerkenswerte Ergänzungen, die lauten Beifall fanden. Eine Resolution wurde einstimmig angenommen, in der es heißt: „Die Verammlung protestiert mit allem Nachdruck gegen den am 2. Februar gefällten Schiedspruch, der für die Arbeiterhaft des Buchdruckgewerbes einen brutalen Lohnraub bedeutet. Sie protestiert ferner gegen die Art und Weise, wie man dieser jogenannten Wiederbelebung der Wirtschaft gesetzliche Sanktion und gesetzliche Nachdruck zu verleihen sucht. Die Verammelten geloben geschlossene Verteidigung der erworbenen Rechte des Hilfspersonal.“

Rundschau

Eine Verichtigung zu den tariflichen Mindestlöhnen. In einem kleinen Teil der Auflage von Nr. 8 unserer Verbandszeitung hat sich ein Fehler über die Geltungsdauer der tariflichen Mindestlöhne für das Buch- und Zeitungsdruckereihilfspersonal eingeschlichen, den wir der Ordnung halber beseitigen wollen. Die in der Tabelle von Nr. 8 neu errechneten Tariflöhne haben Geltung a b 14. Februar 1931 (nicht 14. März), worauf hier noch besonders hingewiesen werden soll, obwohl es für die meisten Mitglieder kaum nötig sein wird.

Strafenbenennung nach Gewerkschaftsführern. In Berlin ist kürzlich eine Reihe neuer Strafen nach Gewerkschaftsführern benannt worden. Die Gehag, eine den Berliner Gewerkschaften nahestehende Bau- und Siedlungsgesellschaft, hat neben anderen großen Bauten auch den Baublock errichtet, der den Namen Wohnstadt Carl Legien trägt. Auf Vorschlag der Gehag sind nun innerhalb der Wohnstadt Carl Legien durch den Berliner Polizeipräsidenten eine Reihe von Strafen neu benannt worden. Sie heißen jetzt: Segisstraße, Jädelstraße, Elmstraße, Maffinstraße, Silbersteinweg und Dignmannweg. Einigen bedeutenden Gewerkschaftsführern ist hier ein stilles Denkmahl gesetzt worden. Martin Segig war ein Führer der bayrischen Gewerkschaften und von Beruf Metallarbeiter. Hermann Jädel hat sich in der Textilarbeiterbewegung einen unaussprechlichen Namen erworben. Adolf von Elm war ein Führer der Genossenschaftsbewegung und in Hamburg zu Hause. Der Name Maffini hat in der Berliner Arbeiterbewegung als langjähriger Führer der Buchdrucker einen guten Klang. Hermann Silberstein wird von einem Führer der Bauarbeiter und lange Jahre Vorstandsmittglied des IOMG. Robert Dignmann war als Führer der größten deutschen Gewerkschaft, des Metallarbeiterverbandes. Es ist erfreulich, daß die Behörden bei der Benennung von Straßen sich auch der Namen von berühmten Gewerkschaftsführern entsinnen.

Die moderne Kleinwohnung. In Berlin ist zur Zeit eine Ausfaltung von modernen Kleinwohnungen zu sehen. Der jüngste ist die von den Berliner Gewerkschaften gegründete Wohnungsbau-Gesellschaft Gehag. Die Gehag dürfte wohl eine der erfolgreichsten Baugesellschaften überhaupt sein. Seit 1924 hat sie 8440 Wohnungen gebaut, die wohl das Beste darstellen, was auf dem Gebiete der Wohnungsfürker für Kleinwohnungen geleistet werden kann. Nach den Einschränkungen durch die Notverordnung war die Gehag gezwungen, sich dem Kleinwohnungsbau zuzuwenden. Deshalb mußten Grundstücke für Wohnungen von der Normalgröße von 36 bis 45 Quadratmeter gefunden werden. In der Ausfaltung im Architektenhaus, Berlin, Wilhelmstraße 92-93, zeigt die Gehag nun, wie sie ihre Aufgabe zu lösen beabsichtigt. Die ausgestellten Wohnungen sind mit Möbeln und Installationen versehen, so daß jeder Besucher sofort einen Überblick über die Verwendung des zur Verfügung stehenden Raumes hat. Es werden 1-Zimmer-, 1½-Zimmer-, 2½-Zimmer- und 3-Zimmer-Wohnungen im Ausmaß von 36 bis 60 Quadratmeter je Wohnung gezeigt. Bei einer Hauszinssteuerhypothek von 4000 M. beträgt die Miete für eine 1½-Zimmer-Wohnung 42 M., für eine 1½-Zimmer-Wohnung 47 M. und für eine 2½-Zimmer-Wohnung 54 M. Die Miete verbilligt sich, wenn Zinszuschüsse gegeben werden. Trotz der Raumbeschränkung hat die Gehag auf eine gewisse Wohnungskultur nicht verzichtet. Selbst die kleinsten Wohnungen haben ein Bannenbad und einen Balkon. Die Küche ist nach den modernsten technischen Errungenschaften eingerichtet. In den Kleinwohnungen können die Betten am Tage hochgeklappt werden, so daß sie nicht zu sehen sind und der Raum als Wohnraum dienen kann. Wir sind überzeugt, daß diejenigen Besucher dieser Ausfaltung, welche eine mangelhafte Altwohnung besitzen, sich nach einer solchen modernen Wohnung sehnen werden. Im großen und ganzen hat die Gehag hier Wohnungsregeln zur Schau gestellt, die den Richtlinien der Regierung Rechnung tragen, äußerst bequem und raumwirtschaftlich gut gebaut sind und auch von einem Arbeiter oder einem Angestellten bezahlt werden können. Der gewerkschaftliche Wohnungsbau zeigt damit wieder einmal, daß nur die Gemeinwirtschaft in der Lage ist, das Wohnungsproblem günstig zu lösen. Die Ausfaltung verdient einen Massenbesuch.

Der irreführende Lebenshaltungszindex! In Nr. 5 der „Solidarität!“ ist in dem Artikel „Der irreführende Lebenshaltungszindex!“ zu unierem Bedauern in der Wiedergabe der Tabelle insofern ein kleiner Irrtum unterlaufen als bei dem Vergleich der Indexziffern neuer und alter Berechnung die Faktoren Beleuchtung und Heizung in der zweiten Kolonne eine Zahl von 286,18 aufweisen, während in Wirklichkeit an dieser Stelle das Mittel aus der Indexzahl für Beleuchtung und Heizung, das ist 143,09 stehen müßte. Außerdem handelt es sich bei der zahlenmäßigen Wiedergabe des Indexzifferns zwischen dem alten und neuen Index im Schlußabsatz des Artikels nicht um Prozentzahlen, sondern um Indezpunkte, wodurch die Ausbeutung eine gewisse Korrektur erfährt. Wir glauben unseren Lesern diese Berichtigung nicht vorenthalten zu dürfen, die an der Beurteilung des Gesamtergebnisses zwar grundrühthts nichts ändert, aber im Interesse vollkommener Objektivität angebracht ist.

Literatur

Die Lebenshaltung des Eisenbahnerpersonals. Verlags-Gesellschaft „Leitender Eisenbahner“ m. b. H., Berlin W 60, 100 Seiten. Preis gebunden 3,50 M., Einbandkartoniert 1,75 M. Der Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands, die freierwerkschaftliche Organisation der Arbeiter und Beamten der Reichsbahn hat während des Jahres 1930 unter seinen Arbeiter- und Beamtenmitgliedern eine Erhebung von Haushaltsrechnungen durchgeführt. Er legt die Ergebnisse dieser Arbeit im 35. Bande seiner „Mittler der Eisenbahner“ aus, das umfangreiche Tafelwerkermaterial ermöglicht einen anschaulichen Einblick in die wirtschaftlichen und sozialen Lebensverhältnisse einer großen und wichtigen Berufsgruppe.

Die Arbeit. Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaft. Herausgeber: Hans-Joachim Schöler. Schriftleiter: Sotthar Erdmann. Seit 1. 1931. Verlags-Gesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes m. b. H., Berlin S 14. Abonnementpreis vierteljährlich 3,00 M., für Gewerkschaftsmitglieder 2,85 M.

„Gesundheit.“ Zeitschrift für geandbheitliche Lebensführung des berrschlichen Volkes. Herausgeber: Bauerhandwerk und deutsche Krankenkassen e. V., Berlin Charlottenburg, Berliner Str. 137. Auch die Beitragsnehmer dieser an den Krankenkassen kostenlos verteilten Zeitschrift bietet für geandbheitliche Lebensführung des berrschlichen Volkes wenigstens des Interessanten und Besseren.

„Irania.“ Kulturpolitische Monatshefte über Natur und Gesellschaft, mit den höchsten Reichsleitern „Soziales Wandern“. Der Welt, der Menschheit und den vortrefflichen begehrenden Individualitäten. Ein Abonnement dieser Zeitschrift ist für jedermann von hohem Wert. Interessierten werden Probehefte und Prospektus kostenlos zugesandt. Sie brauchen nur beim Irania-Verlag in Jena angefordert zu werden.

Unser Programm in Wort und Bild. 80 Seiten, etwa 150 Bilder in Kupferstichdruck, einführende Worte von Hermann Müller-Raabe. Preis gebunden 90 Pf., Dieck-Verlag, Berlin. Das war noch nicht das Einzigste derartige Programm der Sozialdemokratie in Bildern vortragend! Bei der Fülle des Gebotenen ist der Preis von 90 Pf. verblüffend niedrig an zu nennen.

„Erziehung und Kultur unter dem Antentrom.“ Die Sozialdemokratische Partei hat neben ein Referentienmaterial: Kultur und Erziehung unter dem Antentrom herausgegeben. Der Inhalt dieser Blätter ist erhellend. Demantisches Inhaltsverzeichnis für die Kulturwissenschaften zeichnen die Kultur- und Erziehungstheorie der Nationalsozialisten. Brutalität und Verdrängung zeichnen ihre profanische Kultur- und Schulpolitik aus. Das Referentienmaterial ist 38 Seiten stark und am Preise von 30 Pf. von der Herbeistellung der SPD. (Berlin SW 68, Lindenstr. 3) zu beziehen.

Unser lieben Kollegin Theresie Städele und ihrem lieben Gemahl die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. Die Mitgliedschaft der Jahrestelle Kempten i. Allgäu.

Abrechnungen

In der Woche vom 10. bis 21. Februar sind die Abrechnungen der Haupt 4 aus München und 9, Bezirk Bielefeld, bei der Hauptkasse eingegangen.

Geldsendungen kamen: aus Bielefeld 3344,70 M., München 4921,40 M.

Berlin, den 21. Februar 1931: S. Loda h. l.

Für die Woche vom 22. Februar bis 28. Februar ist die Beitragskarte in das 9. Heft des Mitgliedsbuches oder der Mitgliedsliste zu kleben.

Verantwortlich für Redaktion: A. Scholz, Charlottenburg, Heerdtelstraße 5. Fernruf: Amt Belford 1228. — Verlag: S. Loda h. l., Charlottenburg. — Druck: Buchdruckwerkstätte GmbH, Berlin SW 61, Breitensteindamm 6.